



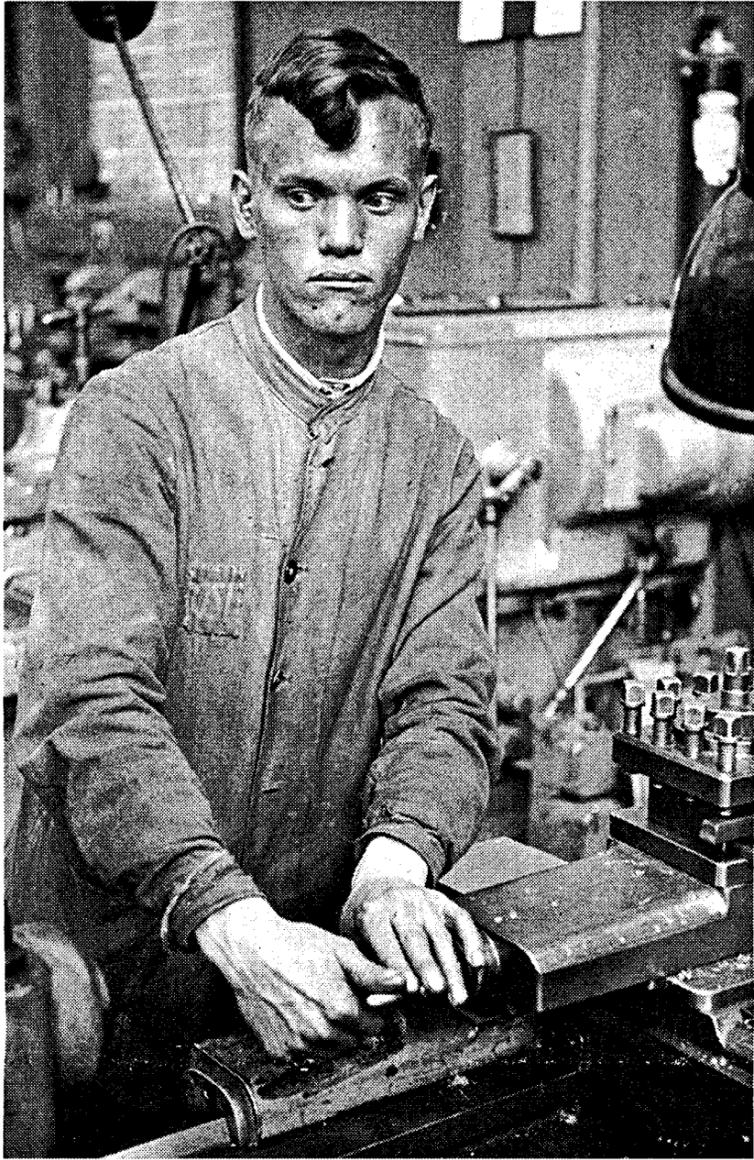
die tageszeitung

AUSGABE
DM 1,90
BERLIN

Nr. 5959 40. Woche 21. Jahrgang

Freitag, 8. Oktober 1999

ÖS 22 FF 9 LUF 46



1943. Wernigerode im Harz. Ein Ostarbeiter aus der Sowjetunion an der Werkbank
Foto: Archiv für Kunst und Geschichte

Erbitterung über das Angebot für Zwangsarbeiter

■ **Lambsdorff: Wir bieten sechs Milliarden Mark.**
Reaktion der Opfer-Anwälte: Deutsche Firmen sind die „modernen Raubritter der nächsten Jahrtausends“

Washington (Reuters/AFP/AP - Die Bundesregierung und deutsche Firmen haben am Donnerstag bei den Verhandlungen zur Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter nach Angaben von Anwälten sechs Milliarden Mark angeboten. Dieses Angebot für hunderttausende NS-Zwangsarbeiter sei aber viel zu gering, erklärten die Anwälte der Opfer in Washington. Die deutschen Firmen erwiesen sich damit als die „modernen und echten Raubritter des kommenden Jahrtausends“. Der Sonderbeauftragte der Bundesregierung, Otto Graf Lambsdorff, verhandelt derzeit in Washington über die Höhe der Entschädigungssumme. Bislang war in Verhandlungskreisen eine Summe von fünf bis acht Milliarden Mark genannt worden.

Die Anwälte der ehemaligen Zwangsarbeiter sprachen von einer „enormen Enttäuschung“. „Ich habe der deutschen Delegation gesagt, dass sie der deutschen Regierung und dem deutschen Volk mehr Schaden zugefügt hat, als sie sich je vorstellen kann“, sagte der Anwalt Mel Weiss. Das Angebot belaufe sich umgerechnet auf das Jahr 1940 auf weniger

als 300 Millionen Dollar (550 Millionen Mark).

Weiss hatte zuvor am Rande der Verhandlungen erklärt, Lambsdorff habe angekündigt, das deutsche Angebot werde würdevoll und angemessen sein. Er gehe davon aus, dass die Worte „würdevoll“ und „angemessen“ in diesem Zusammenhang wohl die Interessen der Aktionäre betreffen. Weiss hatte von der deutschen Industrie mindestens 20 Milliarden Dollar gefordert. Der Anwalt des Weltkongresses der Orthodoxen Jüdischen Gemeinden sagte, die deutsche Industrie scheine zu versuchen, mit einer möglichst billigen Lösung davonzukommen, die nicht akzeptabel sei.

Lambsdorff hatte sich am Donnerstag zu Beginn einer neuen Verhandlungsrunde mit Vertretern jüdischer Organisationen, acht Regierungen, Firmen und Opfer-Anwälten vorsichtig optimistisch geäußert. Er hoffe, es werde eine Einigung geben, sagte er bei seiner Ankunft im US-Außenministerium. Im WDR sagte er aber auch, für eine Lösung werde mit Sicherheit eine weitere Konferenz benötigt. Schwerpunkt Seite 2

■ taz berlin

Gefälschte Protokolle
Verfassungsschutz soll Protokolle gefälscht haben, um Polizeidirektor als Scientology-Mitglied zu belasten. Seite 27

Raubmord von Rechten
Polizei verhaftete vier junge Männer aus der rechtsradikalen Szene, die einen Mann erschlagen haben sollen. Seite 27

■ Swingtime ist immer

Vor zehn Jahren: 40. Geburtstag der DDR. Im Palast der Republik swingt ein Musiker für Honecker und seine Genossen. Draußen demonstriert das Volk. Heute swingt Andrej Hermlin für die PDS und McDonald's. Reportage Seite 7

■ Gandhi verliert

Bei den Parlamentswahlen in Indien legt die Regierungallianz zu. Allerdings gehen die Stimmenzuwächse auf das Konto der gemäßigten Parteien, während die rechtsnationale Hindu-Partei von Premier Vajpayee stagniert. Die Kongresspartei Sonia Gandhis muss das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte verkraften. Bericht Seite 10

■ Polens Umbruch

Die Westerweiterung des polnischen Bewusstseins erfolgt langsamer als die der polnischen Realität. Wenn Polen die bisherige Wachstumsrate von fünf Prozent hält, dann könnte man das Klammern an die Vergangenheit als psychologische Absicherung einer Gesellschaft im Aufbruch ansehen, meint Adam Krzemiński in der Reihe „Zehn Jahre Postkommunismus“ (1). Debatte Seite 12

■ Fishermen's Frust

Kapitän Gimmini will Krabben fischen. Die rot-grüne Kieler Landesregierung aber will den Nationalpark Wattenmeer erweitern und eine 12.500 Hektar große Fläche zur Nullnutzungszone umwidmen. Nicht nur Krabben- und Muschelfischer buchstabieren „Naturschutz“ als „Existenzbedrohung“. Landesregierung und Naturschutzverbände haben die gesamte Westküste gegen den Nationalpark aufgebracht. Reportage Seite 13

■ Anti-Atom-Herbst

Die Bürgerinitiativen an den beiden Endlagerstandorten Gorleben und Schacht Konrad haben für diesen Herbst einen Protestkalender aufgestellt. Jeden Tag ein guter Grund für den Ausstieg. taz-Serie Wirtschaft und Umwelt Seite 9



■ Kommentar

Russland verbittet sich jede Einmischung in den Krieg

■ Russische Luftwaffe fliegt weiterhin Angriffe auf Tschetschenien. Moskau lehnt EU-Vermittlung ab, Maskhadow bittet Nato um Hilfe. Die in Tschetschenien einmarschierten Truppen befestigen ihre Stellungen

Moskau/Grosny (AFP/rtr/dpa/taz) In Tschetschenien wird weiter gebombt: Bei einem russischen Raketenangriff im Westen der Kaukasusrepublik wurden gestern nach Angaben der tschetschenischen Regierung etwa 30 Menschen getötet. Weitere 32 Personen seien bei einem Angriff auf das Dorf Elistandsi, 65 Kilometer südöstlich Grosny, verletzt worden. Zuvor hatte die russische Artillerie gestern am Ufer des Terek, 30 Kilometer vor Grosny, stundenlang auf Stellungen der tschetschenischen Truppen gefeuert. Zugleich flog die russische Luftwaffe nach Angaben eines Militärsprechers mehrere Angriffe auf den Osten der Republik an der Grenze zu Dagestan.

Die russische Regierung kündigte an, die Feldkommandeure der muslimischen

Rebellen „nach Möglichkeit vernichten“ zu wollen. „Zurzeit werden Operationen durchgeführt, um den Aufenthaltsort von Schamil Bassajew und Chatab festzustellen“, sagte Innenminister Wladimir Ruschailo. „Wenn dies gelingt, werden alle Schritte entweder zu ihrer Ergreifung oder zu ihrer Vernichtung ergriffen.“

Unterdessen befestigten die in Tschetschenien einmarschierten russischen Truppen ihre Stellungen entlang des Terek-Flusses. In den russisch kontrollierten Gebieten wurden Militärkommandanturen gebildet, die nach einem Ende der Militäroperation die Kontrolle der neu gebildeten regionalen Behörden übergeben sollen. Es wurden nächtliche Ausgangssperren verfügt. Der tschetschenische Präsident Maskhadow hat die Nato um Vermittlung zwischen Russ-

land und der abtrünnigen Republik gebeten.

Derweil flüchteten wieder tausende in Panik aus den umkämpften Gebieten. In Tschetscheniens Nachbarrepublik Inguschetien kamen innerhalb von 24 Stunden mehr als 7.000 Tschetschenen an. Die Zahl der Flüchtlinge erhöhte sich damit auf 120.000. Schon jetzt werden in den Flüchtlingscamps Lebensmittel und Wasser knapp. Zudem leiden die Menschen nachts unter zunehmender Kälte.

Zumindest um des Flüchtlingsproblems Herr zu werden, kann sich Moskau ausländische Hilfe vorstellen. Allen anderen diesbezüglichen Bemühungen erteilte die Regierung jedoch gestern erneut eine Absage. „Eine Vermittlung zwischen der Föderationsregierung und einem Mitglied der Russischen Föderati-

on wäre eine merkwürdige Sache und daher abzulehnen“, sagte der stellvertretende russische Außenminister Jewgeni Gusarow beim Besuch der Troika der Europäischen Union (EU) in Moskau. Die EU-Delegation, der die Außenminister Finnlands und Portugals, Tarja Halonen und Jaime José Matos da Gama, sowie der für Außenbeziehungen zuständige EU-Kommissar Chris Patton angehören, beriet auch mit Außenminister Igor Iwanow hinter verschlossenen Türen. Patton zeigte sich über die humanitären Folgen des Konflikts besorgt. In einem Interview sagte er, er werde die Entsendung einer Mission der UNO oder der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in das Krisengebiet in Erwägung ziehen. Bo

Tagessthema Seite 3

Fundamentalistisches Russland ■ Der Krieg im Kaukasus eskaliert

Die russische Führung hat sich festgelegt: Tschetschenien ist danach ein Teil Russlands, die tschetschenische Regierung ein Haufen separatistischer Banditen. Mit ihnen zu verhandeln, hieß in die vorgeblich illegale Abtrennung des Landes de facto einzuwilligen, also Russland zu verraten. Politisches Ziel ist es daher, wieder die volle Kontrolle zu erlangen, was immer das unter den gegenwärtigen russischen Bedingungen heißen mag. Für die Moskauer Führung stellt sich damit die Überlebens- und die Machtfrage. Angesichts der bedrängten innen- und wirtschaftspolitischen Lage Russlands steht

für Putin und Jelzin viel auf dem Spiel. Ihre Streitkräfte müssten aus dieser Perspektive unter allen Umständen siegen. Aber können sie es?

Auch die tschetschenische Seite ist nicht mehr frei in ihren Entscheidungen. Die russische Politik hat sie in Verpflichtungen hineingetrieben, aus denen sich auch die Tschetschenen kaum noch befreien können. Denn indem der tschetschenische Staatschef Maskhadow den „heiligen Krieg“ ausrief, appellierte er an die gesamtislamische Solidarität. Er wäre jetzt ein Verräter, würde er mit den Russen verhandeln. Seine Distanz zu den

internen Rebellen um Bassajew, die versuchten, Dagestan zu erobern, ist nun bloß taktisch. Es mag richtig sein, dass die Tschetschenen und die meisten anderen Völker des Nordkaukasus sehr säkularisierte Muslime sind und die in Dagestan überwiegend Traditionalisten. Aber nun kann nur der fundamentale Islam noch die politischen Kräfte zusammenhalten; er wird nach der Befreiung den kaukasischen Völkern als Erziehungsteror gegenüberreten. Die russische Alternative ist hingegen ganz unmöglich. Wie können Kaukasier an der Einheit eines Landes festhalten wollen, in dem fast alle

politischen Kräfte eine rassistische Pogromstimmung gegen Kaukasier und Muslime schüren.

Die EU versucht Kettenreaktionen zu verhindern. Mit solch einer Verhaltenheit wäre Algerien wahrscheinlich noch immer französisch, hätte man damals die heutigen Interpretationen verwendet. Natürlich ist die europäische Position vernünftig. Aber jede Diskussion über die Rolle der Moral in der Außenpolitik wird nun nicht nur Serbien und Indonesien, sondern auch das starke Russland mitbedenken müssen. Erhard Stöltzing

Der Autor ist Professor für Soziologie in Potsdam

